

Unser Pensionssystem steuert geradewegs auf den Crash zu

Seit Jahren wird an unserem Pensionssystem herumgedoktert. Bislang ohne Erfolg, wie die aktuellen, durchschnittlichen Pensionsantrittszahlen zeigen. Nach wie vor gehen Herr und Frau Österreicher im Schnitt unter 60 Jahren in Pension. Ein Crash zeichnet sich ab.

Claus Melnert

Vielleicht wissen Sie in Ihrer Nachbarschaft oder Ihrem Bekanntenkreis auch jemand, der zwar augenscheinlich quickfidel ist, aber dennoch schon seit Jahren seine Frühpension genießt? Wenn ja, ist das kein Zufall.

Denn von dieser Sorte „Pensionisten“ muss es viele geben – in Österreich. Das zeigt die Statistik. Aktuell liegt das durchschnittliche Pensionsantrittsalter in unserem Land bei 57,9 Jahren (Frauen) bzw. 58,9 Jahren (Männer). Das gesetzliche hingegen ist mit 60 (Frauen) bzw. 65 (Männer) festgelegt.

Dass wir alle immer älter werden, ist erfreulich. Dass wir aber heute früher in Pension gehen als noch Anfang der 60er-Jahre, ist sicher auch erfreulich, aber auf Dauer nicht finanzierbar. Tatsächlich arbeiteten Mann und Frau in den Sechziger Jahren bis 67 bzw. 64 und konnten dann im Schnitt elf bzw. 22 Jahre den Ruhestand genießen. Heute arbeiten Männer im Schnitt wie erwähnt bis 59 und Frauen bis 58, um dann 22 bzw. 27 Jahre das Pensionisten-dasein zu genießen.

All jene, die nun rechnen, wissen, dass sich das unterm Strich bald nicht mehr ausgehen wird. Dass dem System der Kollaps droht. Das sagen auch Experten. Seit Jahren. Allein der Politik scheint das egal zu sein.

Was irgendwie auch verständlich ist. Denn wird von einem Politiker die Verlängerung des Pensionsantrittsalters gefordert, treten die mächtigen Pensionistenvertreter Khol und Blecha auf den Plan, um ihr Klientel zu verteidigen. Jeder Politiker bzw. Politikerin macht umgehend ei-



Der Traum vom relativ früh in die Rente gehen ist bei den Österreichern nach wie vor vorhanden. Foto: BA/Waldhart

ne Kehrtwendung und wird dieses Thema nicht mehr so schnell ansprechen. Was freilich bis zur nächsten Wahl, aber eben wenig gegen den drohenden Kollaps des ganzen Systems hilft.

So geht das nun seit Jahren frisch und munter. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen weiter sinkt, die Zahl der Pensionisten aber steigt. Von aktuell knapp einer Million Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren, sind gerade einmal 335.000 berufstätig. Natürlich sind unter den Frühpensionisten auch einige, die gerne arbeiten würden, aber eben

nicht mehr genommen werden. Natürlich werden auch einige – z. B. von den ÖBB) einfach in die Frühpension geschickt.

Dennoch: Die Zahlen und Fakten (Geburtenentwicklung) liegen auf dem Tisch. Aber die politische Devise lautet „weiterwurscheln“. So steht derzeit ganz Österreich im Banne der Landtagswahlen in Wien und in der Steiermark. So schizophoren es auch klingen mag: Ganz Restösterreich bekommt deshalb keinerlei Informationen, wie es mit dem Land Österreich 2011 weiter geht, obwohl jeder Wähler ein Recht darauf hat.

„Wir brauchen echte, strukturelle Grundsatzreformen. Bei Pensionen, in der Verwaltung, im Gesundheits- und Sozialsystem. Es braucht nicht von einem Pensionsantrittsalter von 70 Jahren geredet werden. Wichtig wäre, dass wir die 60er-Schallmauer einmal durchbrechen“, bringt WK-Direktorin Evelyn Geiger-Anker die Thematik auf den Punkt. Es müsse ein Weg der kleinen Schritte sein, den die Menschen verstehen und den sie dementsprechend dann auch mitgehen. Wann diese Schritte aber gesetzt werden, ist derzeit noch völlig unklar.

Leitartikel

von Jürgen Bodenseer



„Mit mutigen Reformen und Anreizen kommt die Konjunktur auf Touren.“

juegen@bodenseer.com

Treibstoff für den Konjunkturmotor

Die Politik ist dazu da, Rahmenbedingungen abzustimmen, Planungssicherheit zu gewährleisten und strategische Ziele zu formulieren. Sie ist NICHT dazu da, um zu taktieren, Gerüchte zu streuen und Unsicherheit zu verbreiten. Das scheint sich aber noch nicht bis zu unseren Bundespolitikern durchgesprochen zu haben. Es ist ebenso unprofessionell wie unseriös, das Bundesbudget 2011 aus durchsichtigen wahltaktischen Gründen erst im Dezember zu präsentieren.

Doch die Wähler sind nicht dumm. Sie alle haben private Haushalte zu führen – und wissen, dass auf Dauer das Soll das Haben nicht überholen darf. Unternehmer leiten dazu noch einen Betrieb und müssen sich darauf einstellen können, was auf sie zukommt. Unsere Umfragen zeigen ein Anziehen der Konjunktur – durch falsche Signale seitens der Politik kann sich das allerdings sehr schnell wieder ändern.

Darüber hinaus besteht der Reflex, neue Steuern zu erfinden, anstatt die Ausgaben-seite zu durchforsten. Das ist zugegeben mühsamer – aber es lohnt sich. Manches ist schnell und einfach umzusetzen: die Abschaffung von Bagatelsteuer, der Verzicht auf die Wiederbesetzung freierwerdender Verwaltungsstellen, die kritische Beurteilung von Subventionen für staatsnahe Betriebe. Alles keine Hexerei – man muss

es halt nur tun.

Anderes verlangt mehr Mut und Hirschnalaz: Die oft zitierte „Verwaltungs- und Staatsreform“ ist bislang nebulöser als das Ungeheuer von Loch Ness. Doch im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Verwaltung sowie bei den Pensionen liegen die dicken Brocken. Besonders erwähnt seien Reformen im Pensionssystem, die längst überfällig sind. Die als untauglich erkannte Hacklerregelung muss weg, der Zugang zur Invaliditätspension gehört verschärft, das Antrittsalter, derzeit 58, muss sich endlich dem gesetzlichen Pensionsalter annähern. Die Privilegien einiger Staatsbetriebe (ÖBBler gehen immer noch mit 52 in Pension) sind ersatzlos zu streichen. Wenn wir diese Hausaufgaben jetzt machen, können wir uns auch das Zukunftsszenario der EU, erst mit Siebzig in Pension zu geben, ersparen.

Der Staat ist eine riesige Umverteilungsmaschine. Das ist an sich nicht falsch. Nur braucht es von Zeit zu Zeit Richtungskorrekturen, damit unser Staatswesen nicht vom Weg abkommt und Totalschaden erleidet. Gibt es parallel dazu noch Anreize für Private und Unternehmen (Handwerkerbonus, Luxemburger Modell, Investitionszuwachsprämie, erweiterte Forschungsprämie), kommt die Konjunktur wieder ordentlich unter Dampf. Aber nur dann. Von alleine geht gar nichts.

Standpunkte – Thema: Die Sanierung des Budgets

Österreichs Staatshaushalt. Dass etwas getan werden muss, um den Staatshaushalt in den Griff zu bekommen, ist klar. Welche Vorschläge Tirolerinnen und Tiroler zu diesem Thema einbringen und wie sie über die gegenwärtige Situation denken, beschreiben sie hier.

Tirol ist Europa, Europa der Rest der Welt

Auch der Tiroler muss bereit sein – wie der Rest der Menschheit – einen Evolutions-sprung zu tun, um wieder auf die durch Machtgier und kapitalistische Ausbeutung großteils zerstörten Naturreisourcen zurückgreifen zu können. Erst wenn wir gemeinsam erkannt haben, dass ein Leben im Einklang mit den Schätzen der Erde unsere einzige Chance ist, wird die Wirtschaft wieder florieren können. Der Wunsch-

traum nach Prosperität kann nur durch Visionen und Taten in gänzlich neuen Wirkungsfeldern, getragen von einem globalen Wir-Gefühl, erfüllt werden. Tirol ist demnach Europa, Europa der Rest der Welt. Gesundes Denken fördert eine gesunde Natur, gesundes Miteinander fördert eine gesunde Wirtschaft. Der Schlüssel heißt: Lebe Gesundheit, statt Krankheit zu bekämpfen - ich tu mein Bestes dazu!



Edgar Raschenberger, Arzt, Gesundheitstrendforscher. Foto: Raschenberger

Mehr Selbstverantwortung übernehmen

Die Sanierung des Staatshaushaltes ist eine herausfordernde Aufgabe, der man sich stellen muss, wobei man aber die Zukunft sicherlich nicht mit Methoden der Vergangenheit – durch Erhöhung der Einnahmen – gestalten kann. Es wird vielmehr darum gehen, Reformen einzuleiten, die zukunftsfähige, strukturelle Veränderungen in allen relevanten Bereichen mit sich bringen und Kosteneinsparungen ermöglichen. Dies wird

einerseits mehr Anstrengung von allen verlangen, gleichzeitig aber auch eine Chance für die Zukunft unseres Staates darstellen. Für den Einzelnen kann dies neben einer geringeren Steuerbelastung, unter Umständen dem Abschied von „Liebeswonne“-Systemen bedeuten. Der Beitrag des Einzelnen muss daher auch darin liegen, mehr Selbstverantwortung zu Gunsten eines sanierten Staatshaushaltes zu übernehmen.



Unternehmer und Personalberater. Foto: Spitznauer

In der Politik wird nicht langfristig genug gedacht

Ich denke, dass die derzeitigen finanziellen Probleme hauptsächlich dadurch entstehen, dass in der Politik nicht langfristig genug gedacht, geplant und investiert wird. Die Politiker scheinen viel zu sehr darauf bedacht zu sein, in ihrer Amtsperiode ein möglichst gutes Bild abzugeben. Solange diese Einstellung vorherrscht, bin ich nicht bereit, zur Budgetsaniierung beizutragen. Ich kann unzählige Beispiele aus

meiner persönlichen und beruflichen Erfahrung nennen, die dies eindrucksvoll belegen. Im letzten Jahr erschien eine OECD-Studie mit dem Namen „Doing better for our children“. Darin ist zu sehen, dass Österreich viel Geld für Familien und Kinderförderung zur Verfügung stellt. Wir zählen zu den Spitzenreitern. Leider auch, wenn es darum geht, besagtes Geld ineffizient zu investieren.



Daniela Weissbacher, Sozialarbeiterin. Foto: Weissbacher

Bestehende Systeme sind längst überfällig

An der Wirtschaftskrise oder der offenbar beginnenden Konjunktur kann Österreich nichts ändern und die Situation nicht maßgeblich beeinflussen. Was zu tun ist, um die Konsequenzen der weltweiten Gegebenheiten abzumildern ist doch eindeutig die Sanierung des Staatshaushaltes. Ein sofortiger reformierender Ansatz ist die Anpassung der Sozialleistungen an die der großen europäischen Staaten: die derzeit erbrachten Leistun-

gen sind nicht mehr tragbar, was jeder weiß, aber zugunsten etwaiger anstehender Landtagswahlen einfach ignoriert wird. Die Hacklerregelung, das bestehende System der Frühpension und der Pensionen, die Arbeitslosengelder – hier zu beginnen ist längst überfällig. Selbstverständlich bringt das Konsequenzen für jeden von uns. Was ich bereit bin dafür zu tun? Um den Lebensstandard für meine Kinder zu halten: arbeiten.



Silke Wolbank, Allgemeinmedizinerin. Foto: Rötke